



Kiel, 10. Januar 2013

Nr. 004 /2012

Martin Habersaat:

Künstliche Trennungen zwischen Hochschulen überwinden, mehr Gerechtigkeit schaffen!

Zur heutigen Vorstellung der Eckwerte für die Novellierung des Hochschulgesetzes durch Ministerin Wara Wende erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Mehr Hochschulabsolventen, demokratische Mitbestimmung und eine Überwindung der künstlichen Trennung zwischen Universitäten und Fachhochschulen sind Ecksteine sozialdemokratischer Hochschulpolitik.

Die Idee, dass nur an Universitäten geforscht, an Fachhochschulen aber nur gelehrt werde, ist so überholt wie der Weihnachtsbaum vom letzten Jahr. Forschende FH-Professoren dürfen nicht länger durch überhöhte Lehrverpflichtungen bestraft werden. Der Weg zur Promotion an einer Uni nach einem FH-Master sollte immer selbstverständlicher werden. Eine Baustelle der Fachhochschulen bleibt der zu geringe Frauenanteil unter den Studierenden.

Bundesweit waren 2010 19 % der Professoren Frauen, in Schleswig-Holstein nur ca. 15 %; das ist undiskutabel wenig. In Zeiten von Bundeskanzlerinnen und Ministerpräsidentinnen müssen Land und Hochschulen es als gemeinsame Aufgabe verstehen, zu mehr weiblichen Doktoranden, Habilitanden und Professoren zu kommen.

Wir haben das 2007 von uns mit beschlossene Hochschulgesetz sechs Jahre lang in der Praxis erprobt und ziehen daraus jetzt Konsequenzen. Das Experiment, für die drei Universitäten einen gemeinsamen Universitätsrat, aber für jede der übrigen Hochschulen einen eigenen Hochschulrat einzurichten, ist fehlgeschlagen. Die Alternativen können nur sein, entweder einen gemeinsamen Landeshochschulrat für alle öffentlichen Hochschulen oder getrennte Gremien für jede zu bilden. Letzteres ist wohl die näherliegende Option, über die wir nach den Anhörungen im nächsten Jahr entscheiden werden.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Die Hochschulkonferenz im November war der erste Teil eines landesweiten Dialogs, der mit der Anhörung des Ministeriums zum Referentenentwurf des neuen Hochschulgesetzes und dann mit der Anhörung des Bildungsausschusses zum Kabinettsentwurf eine Intensität der Beteiligung aller Betroffenen erreicht, die es bisher nicht gegeben hat.